

## Eigentümertransparenz und Medienfreiheit in Bulgarien

EIN ÖFFENTLICHES RUNDTISCHGESPRÄCH ZUR LAGE DER MEDIEN  
SOFIA, 18. JUNI 2010

Die Rolle der Medien im Prozess der Demokratisierung und Transformation zu stärken ist das zentrale Ziel des Medienprogramms der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Südosteuropa. Angesichts der Tatsache, dass in diesen Ländern bis vor 20 Jahren ein staatliches Medienmonopol bestand, ist die Herausbildung einer pluralistischen Medienlandschaft bis heute vor enorme Herausforderungen gestellt. Bulgarien bildet hier keine Ausnahme in der Region, die Probleme in den Nachbarländern sind ähnlich gelagert. Medienpluralismus bedeutet nicht nur die Vielfalt an Information für die Mediennutzer, sondern dazu gehört auch die Kenntnis der Medieneigentumsverhältnisse. Oft sind die realen Eigentümer der Medien nicht bekannt, und hinter der scheinbaren Pluralität von Medien verstecken sich ein oder mehrere dominante Spieler mit marktbeherrschender Stellung. Eine solche Struktur des Medienmarktes mit erkennbaren Konzentrations-tendenzen hat letztendlich zur Folge, dass das demokratische Urteilsvermögen der Bürger der Manipulation durch unsichtbare Spieler zum Opfer fällt.

Um über die Transparenz der Medienbesitzverhältnisse und die Lage der Medienfreiheit zu diskutieren, richtete das Medienprogramm Südosteuropa der KAS am 18. Juni im Hotel Sheraton

in Sofia einen Runden Tisch zum Thema „Eigentümertransparenz und Medienfreiheit in Bulgarien“ aus. Ziel der Veranstaltung war es, eine lange überfällige Diskussion zwischen relevanten Akteuren und Entscheidungsträgern anzuregen und ein öffentliches Gesprächsforum über aktuelle Fragen der Medienlandschaft sowie die in Vorbereitung befindlichen Gesetzesvorhaben zu schaffen. Am zweieinhalbstündigen Rundtischgespräch nahmen rund 70 Chefredakteure, Medieneigentümer, Politiker, Botschafter und Medienexperten teil. Ein derartiges öffentliches Forum über die Lage der Medien in Bulgarien hat es so noch nicht gegeben. Die Resonanz in den bulgarischen Tagesmedien war entsprechend ausführlich und umfassend.

Hauptredner zu Beginn der Diskussion waren *James Warlick*, Botschafter der USA in Bulgarien, *Axel Schindler*, geschäftsführender Direktor der Zeitungsgruppe Bulgarien, die die WAZ-Zeitungen umfasst, sowie *Georgi Lozanov*, Dozent an der Fakultät für Journalistik und Massenkommunikation der Universität Sofia und derzeit Vorsitzender des Rundfunkrates Bulgariens (CEM). Darüber hinaus war der Runde Tisch prominent besetzt. Unter den Teilnehmern waren auch der Deutsche Botschafter in Bulgarien, *Matthias Martin Höpfner*, und zahlreiche Parlamentsabgeordnete, u.a. *Daniela Petrova*,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**MEDIENPROGRAMM**

**SÜDOSTEUROPA**

MATTHIAS BARNER

CHRISTIANA CHRISTOVA

**JUNI 2010**

[www.kas.de/mediensoe](http://www.kas.de/mediensoe)

die Vorsitzende des parlamentarischen Medienausschusses. Des Weiteren waren die Chefredakteure der bekanntesten Printmedien sowie die Herausgeber und Eigentümer zahlreicher Medien in Bulgarien anwesend, unter ihnen der frisch wiedergewählte Generaldirektor des Nationalradios BNR, *Valeri Todorov*, der Mit-Eigentümer der größten bulgarischen Wirtschafts- und Finanz-Mediengruppe „Economedia“, *Ivo Prokopiev*, sowie auch *Irena Krasteva*, die öffentlich umstrittene Eigentümerin der „Neuen Bulgarischen Mediengruppe (NBMG)“.

**Eröffnungsvorträge**

In seinem Eröffnungsstatement bedankte sich der Leiter des KAS-Medienprogramms Südosteuropa, *Matthias Barner*, für die große Resonanz auf die Einladung zu diesem Rundtischgespräch. Gleichzeitig warb er für das Zusammenspiel aller relevanten Akteure - der Journalisten, der Eigentümer, der Politiker, der Zivilgesellschaft sowie der Wissenschaft -, da nur dadurch sich ein gemeinsames Rollenverständnis der Medien in der Demokratie entwickeln kann.

In seinem Vortrag ging *Georgi Lozanov* auf den Gesinnungswandel in Bezug auf die Eigentümertransparenz ein. Transparenz sei nicht mehr nur ein abstrakter Begriff, sondern eine regulative Norm, die einen gesetzlichen Rahmen braucht. Dieser Einstellungswandel gebe Anlass zu einem vorsichtigen Optimismus. Auch die Schranken der Medienfreiheit hätten einen Wandel erfahren – zwar gebe es mittlerweile keine staatliche Zensur mehr, diese sei aber durch die weit subtilere Form wirtschaftlichen und politischen Drucks abgelöst worden. Deshalb belege Bulgarien in der Weltrangliste der Pressefreiheit, etwa von Freedom House, einen immer schlechteren Platz.

Information sei Ware und Recht, deshalb stelle die Intransparenz der Medieneigentumsverhältnisse eine Verletzung des Rechts auf Information dar und sei mit Ma-

nipulation gleichzusetzen, so *Lozanov* in seinen weiteren Ausführungen. Das hinter einem Medium stehende Kapital sei Teil der Ware, so dass es Kapital gebe, dem der Zugang zur Medienproduktion zu verwehren sei. Insgesamt wies *Lozanov* darauf hin, dass es momentan viel Nachbesserungsbedarf gibt. Mit Blick auch auf die Offenlegung der realen Medienbesitzverhältnisse werde zur Zeit an einem neuen Gesetz gearbeitet, dass nicht nur die Rundfunkmedien, sondern die gesamte Medienlandschaft einbeziehe.

Es folgte das Statement von *James Warlick*. Er ging zunächst auf die historische Rolle der USA in der Verbreitung der Idee der Pressefreiheit ein und auf die Tatsache, dass gerade vor dem Hintergrund der globalen Wirtschaftskrise nicht nur Bulgarien dem Druck auf Medienfreiheit und Meinungsppluralismus ausgesetzt ist. Für Bulgarien identifizierte er zwei grundsätzliche Probleme, nämlich die fehlende Eigentümertransparenz sowie die journalistische Selbstzensur, insbesondere in der Provinz außerhalb Sofias. Er problematisierte die Auswirkungen des politischen und wirtschaftlichen Interessengeflechts in den Medien mit der Feststellung, dass manche Medienbesitzer sich nicht im wirklichen journalistischen Geschäft bewegen. Ihr Ziel sei es, nicht die Öffentlichkeit zu informieren, sondern diese für ihr Profit- oder Machstreben zu manipulieren. Wörtlich sagte der US-Botschafter: „Ask yourself: why did some Bulgarian newspapers change their political leanings overnight after last year's elections? Were they motivated by a sincere change of heart – or just a desire to curry favor with the new government?“ Er benannte anschließend drei Ansatzpunkte, mit denen die genannten Probleme angegangen werden könnten: ein starker gesetzlicher Rahmen, die Einhaltung ethischer Standards und das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürger.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**MEDIENPROGRAMM**

**SÜDOSTEUROPA**

MATTHIAS BARNER

CHRISTIANA CHRISTOVA

**JUNI 2010**

[www.kas.de/mediensoe](http://www.kas.de/mediensoe)

*Axel Schindler* führte anschließend aus, dass Pressefreiheit nicht heißen dürfe, dass jeder wie er will, anonym und über welchen Kanal auch immer, veröffentlichen könne: „Wer Meinung macht, darf nicht anonym sein“, so der Chef der WAZ-Gruppe Bulgarien wörtlich. Die Transparenz, die die Medien von Politikern erwarten, müsse von den Medien gleichermaßen praktiziert werden. Dazu ging Herr *Schindler* auf die Praxis in Deutschland ein. Da die bundesweit geltenden und in den jeweiligen Landespressgesetzen verankerten Impressumspflichten zur Angabe von Verlag, Druckerei und verantwortlichen Redakteuren die angestrebte Transparenz nicht gewährleisten, schrieben fast alle Bundesländer weitergehende Offenlegungspflichten fest. Transparenz der Medienbesitzverhältnisse sei kein leeres Wort, sondern ein Mittel, um eine kritische öffentliche Diskussion aufkommen zu lassen sowie Kontrolle von Kartellen und Monopolen auszuüben. Der Staat müsse über die notwendigen Mittel verfügen, um festzustellen, wer hinter den Marktteilnehmern stehe. Mit Blick auf den Umgang des bulgarischen Staates mit ausländischen Unternehmen bemängelte er die fehlende Fairness gegenüber ausländischen Unternehmen, die unter den schwierigen Bedingungen der oft auch staatlich geförderten Konkurrenz zu überleben hätten. Zur Lage der WAZ-Mediengruppe in Bulgarien sagte er: „Wir wurden heftig für unsere marktbeherrschende Stellung kritisiert, nachdem wir 1996 und 1997 die beiden größten Tageszeitungsverlage des Landes übernommen haben. Da aber klar war und immer noch ist, wer wir sind, hatte die bulgarische Wettbewerbsbehörde alle Möglichkeiten, uns in die gesetzlichen Schranken zu verweisen – und glauben Sie mir eines, das haben sie auch rigoros über entsprechende Auflagen, Bedingungen und Einschränkungen für unsere Investition in Bulgarien getan. Ich wünschte mir, dass man so rigoros nicht nur bei ausländischen Investoren vorgehen würde.“ Nach dieser Feststellung wandte er

sich mit der Frage an das Publikum: „Werden wir jedoch seitens des Staates vor unlauterem Wettbewerb geschützt? Werden wir geschützt vor Konkurrenten, die eben nicht alle Steuern und Sozialabgaben entrichten? Werden wir geschützt vor Dumping? Nein, werden wir nicht. Das ist inkonsequent.“

**Diskussion**

Im Anschluss an die drei Eröffnungsvorträge fand eine intensive Diskussion statt, die vom bekannten Fernsehjournalisten *Bojko Vassilev* moderiert wurde. Im Mittelpunkt standen dabei die Gesetzesvorhaben der Regierung im Medienbereich, konkret die Änderung am Gesetz über die obligatorische Aufbewahrung von Printerzeugnissen – was zur Verbesserung der Eigentümertransparenz führen soll – sowie die Vorbereitungen für ein neues Mediengesetz, wozu eine hochrangig und interinstitutionell besetzte Arbeitsgruppe erst am Vortag eingerichtet worden war.

Viele äußerten jedoch eine gewisse Skepsis – selbst wenn es gelänge, alle Eigentumsverhältnisse ans Licht zu bringen, würde es dem stetigen Qualitätsverfall und der Boulevardisierung der Medien nicht Einhalt gebieten können. Der Konflikt zwischen Recht und Moral kam auch zur Sprache. Mit einem Seitenhieb auf *Irena Krasteva*, die in letzter Zeit viele Medien aufgekauft hatte und bei der eine marktbeherrschende Stellung vermutet wird, sagte *Georgi Lozanov*. „Da ist Frau Krasteva, wir können sie tadeln, aber sie macht nichts Gesetzwidriges.“

Die Frage danach, wie die Eigentumsverhältnisse möglichst aufgedeckt werden können, weitete sich auf die Rolle des investigativen Journalismus aus. Herr *Lozanov* verwies darauf, dass die Medien selbstregulativ und investigativ vorgehen könnten, um die eigenen tatsächlichen Eigentümer aufzudecken. Hingegen äußerte *Ognjan Zlatev*, Geschäftsführer des Media Development

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**MEDIENPROGRAMM**

**SÜDOSTEUROPA**

MATTHIAS BARNER

CHRISTIANA CHRISTOVA

**JUNI 2010**

[www.kas.de/mediensoe](http://www.kas.de/mediensoe)

Centers, dass es natürlich Aufgabe der investigativen Journalisten sei, Missstände aufzudecken. Dennoch seien die Journalisten weder Staatsanwälte noch Kläger, und könnten deren Aufgaben übernehmen. Demotivierend wirke sich aus, dass die Rechtsprechungsorgane keine Schritte einleiten würden, wenn Journalisten Unregelmäßigkeiten aufdeckten. Fast alle Diskussteilnehmer waren sich einig, dass „vorauselender Gehorsam“ in den Medien eine Ursache für den Abwärtstrend in der Bewertung Bulgariens durch international angesehene NGOs ist.

**Schlussbetrachtung und  
Gesamtbewertung**

Die überwiegende Zahl der Teilnehmer wertete die Durchführung des Runden Tisches als wichtig und notwendig. Allein die Tatsache, dass die relevanten Akteure aus dem Medienbereich zum ersten Mal an einem Tisch saßen, zeugte von der Wichtigkeit der Initiative. Es könne nun ein Austausch initiiert werden um die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen freier und unabhängiger Medien fortzuentwickeln, so Teilnehmer.

Positiv zu vermerken ist, dass nicht nur Vertreter aller Parteien zugegen waren, sondern auch führende Vertreter unterschiedlichster Medien, die in Konkurrenz stehen und sonst sehr schwer den Weg zueinander finden. Bemerkenswert war, dass auch die umstrittene Medieneigentümerin *Irena Krasteva* sich der Diskussion stellte. Die frühere Chefin der bulgarischen Staatslotterie „Toto 2“ wurde bekannt, nachdem sie in Kürze eine Reihe von bulgarischen Zeitungen und TV-Sender aufgekauft und in ihrer „Neuen Bulgarischen Mediengruppe“ zusammengeschlossen hat. Sie wird Berichten zufolge als Gefahr für den Medienpluralismus wahrgenommen. Gerüchte über die Verbindungen zu einer Bank, in der erhebliches Kapital von staatlichen Unternehmen angelegt ist und von der einem Bericht zufolge angeblich

70% der Werbeeinnahmen der Krasteva-Zeitungen kommen, sind ein allgegenwärtiges Thema in den Medien.

Die große Teilnehmerzahl und die breite Resonanz auf den Runden Tisch unterstreichen, dass der Konrad-Adenauer-Stiftung als seriöser Partner großes Vertrauen entgegengebracht wird. Auch die breite mediale Berichterstattung in den elektronischen und Printmedien verdeutlichte, dass der Runde Tisch auf spürbares Interesse gestoßen ist.

Vor dem Hintergrund der Situation in der bulgarischen Medienlandschaft waren die teilweise auch emotionalen Auseinandersetzungen auf der Veranstaltung absehbar. Die Diskussion trug dennoch zur Schärfung des Problembewusstseins bei und bot ein Forum, um die „wunden Punkte“ zu diskutieren. Es darf gehofft werden, dass dieser Dialog fortgesetzt werden kann und eine beschleunigende Wirkung vor allem auf die geplanten gesetzlichen Vorhaben entfaltet.